

17. Wahlperiode

Nicht behandelte Mündliche Anfrage Nr. 12

der Abgeordneten Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)

aus der 22. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. Dezember 2012 und **Antwort**

Hat die Kinder- und Jugendarbeit in Berlin noch eine Zukunft?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat den Offenen Brief der Vorsitzenden der Berliner Jugendhilfeausschüsse, die Beschlüsse des Landesjugendhilfeausschusses und den offenen Brief von 10 Jugendamtsdirektor_innen, die alle die Kinder- und Jugendarbeit in Berlin in ihrer Existenz gefährdet sehen und die Personalsituation in den Jugendämtern als katastrophal bezeichnen?

2. Welche Schritte wird der Senat aktuell, bei der nächsten Haushaltsaufstellung und in der weiteren Legislatur tätigen, um die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit zu sichern und weiterzuentwickeln?

Zu 1. und 2.: Entscheidungen im Rahmen des bezirklichen Personalbudgets obliegen den Bezirken. Sie tragen die Verantwortung für die Umsetzung von Personal- und Organisationsstandards im Rahmen ihrer Personal-, Budget- und Fachverantwortung. Ebenso wird die bezirkliche Jugendarbeit im Rahmen der bezirklichen Verantwortung auf Grundlage der Budgetzuweisung finanziert.

Jugendarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Berliner Bildungslandschaft. Sie macht Kindern und Jugendlichen wertvolle non-formelle Bildungsangebote, wirkt in mehrfacher Hinsicht präventiv und fördert durch Selbstorganisation soziale Verantwortung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade angesichts der aktuellen Prognose, dass die Anzahl der jungen Menschen in Berlin in den kommenden Jahren deutlich wachsen wird, setzt die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft alles daran, um Jugendarbeit auf Landes- und Bezirksebene abzusichern.

Die für Jugend zuständige Senatsverwaltung hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode auf Bitte des Rates der Bürgermeister eine Lenkungsgruppe mit Beteiligung der Bezirke einberufen, die Vorschläge für die standardgerechte Finanzierung der bezirklichen Jugendarbeit erarbeitet hat. Diese Vorschläge wurden von den

Bezirken im vergangenen Jahr 2011 mehrheitlich abgelehnt.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ist weiter bemüht, gemeinsam mit den für Jugend zuständigen Stadträten/innen der Bezirke zu klären, welche Vorschläge zur Sicherung der finanziellen Situation der bezirklichen Jugendarbeit Aussicht auf Realisierung haben.

Für die auf Landesebene finanzierten Angebote der Jugendarbeit beabsichtigt die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft keine Kürzungen.

Hinweise aus Jugendämtern über unzureichende Personalsituation in den Regionalen Sozialen Diensten (RSD) hat die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft bereits vor einiger Zeit aufgenommen und Bezirke bei Lösungen unterstützt. Allerdings bedarf es immer einer aktiven Personal- und Strukturentwicklung vor Ort in den Bezirken. Das durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft vorgelegte Konzept für ein Modelljugendamt bietet Orientierung und kann dabei unterstützen.

Berlin, den 19. Dezember 2012

In Vertretung

Sigrid Klebba
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. Jan. 2013)